



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 30.12.2016

lj

Für eine gute Apothekenversorgung vor Ort

In der aktuellen Debatte um das vom Bundesgesundheitsministerium vorgeschlagene Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Medikamente setzt sich SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner für ein flächendeckendes Apothekennetz vor Ort ein.

„Die SPD-Bundestagsfraktion wird die inhabergeführte Apotheke vor Ort stärken. Ein Apothekensterben werden wir nicht zulassen“, erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner, die die Bedenken um den Fortbestand niedergelassener Apotheken ernst nimmt.

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 19. Oktober 2016 ist die Grundlage für die aktuelle Diskussion über ein Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Medikamente. Das Urteil erlaubt Versandapotheken mit Sitz im europäischen Ausland, wie z.B. Doc Morris oder der Europa Apotheek Venlo, Preisnachlässe auf verschreibungspflichtige Arzneimittel zu gewähren. Damit wird die in Deutschland geltende Arzneimittelpreisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel faktisch außer Kraft gesetzt. Für die deutschen Apotheken – auch die in Deutschland ansässigen Versandapotheken – gilt dagegen die Arzneimittelpreisverordnung und damit die Preisbindung weiter, so dass diese keine Rabatte oder Boni gewähren dürfen.

Mit dem nun angestoßenen Gesetzesvorhaben soll verhindert werden, dass es zu einem unfairen Preiswettbewerb auf dem Apothekenmarkt kommt und inländische Apotheken benachteiligt werden. *„Als Sozialdemokraten ist es unser Ziel, die flächendeckende Versorgung mit Medikamenten für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen. Dazu tragen schon heute Präsenz- als auch Versandapotheken bei“*, so Glöckner. Sie sieht es als Aufgabe der Bundespolitik einen gesetzlichen Rahmen schaffen, der einen fairen Wettbewerb zwischen den Apotheken ermöglicht, ohne die Versorgungsmöglichkeiten für die Menschen einzuschränken. *„Gerade abseits der Großstädte, in den eher dünner besiedelten Räumen, wie bei uns in der Südwestpfalz, sind die Apotheken neben Ärzten und Pflegeeinrichtungen eine weitere wichtige Säule für eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung. Sie leisten wichtige Arbeit, z.B. bei der persönlichen Beratung und auch im Notdienst“*, zeigt sich die Abgeordnete überzeugt.

„Wir stellen die Situation der Menschen, der chronisch Kranken, der Älteren und der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt der Überlegungen“, sagt Glöckner. Viele können und wollen auf die Möglichkeit des Versandhandels nicht mehr verzichten, nicht nur zur Kostenersparnis, sondern weil die Wege zur nächsten Apotheke in strukturschwachen Regionen auch heute schon weit sind. Dennoch kann der Versandhandel die persönliche Betreuung durch fachkundige Apothekerinnen und Apotheker vor Ort nicht ersetzen.

Auf Bundesebene werden aktuell alle verfügbaren Handlungsoptionen geprüft: von einem generellen Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Medikamenten, über ein Verbot von Bonuszahlungen beim Medikamentenkauf bis hin zu einer Reform des Apothekenhonorars, mit besserer Bezahlung der wichtigen Beratungsleistung und der Notdienste. *„Ich werde mich in diesem Abstimmungsprozess stark machen, dass die besondere Interessenslage der Südwestpfalz hinreichend berücksichtigt wird“*, so die Abgeordnete abschließend.

BERLINER BÜRO PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN
TELEFON (030) 227-77432 TELEFAX (030) 227-77644 E-MAIL angelika.gloeckner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO ALLEESTRASSE 60 66953 PIRMASENS
TELEFON (06331) 7193259 TELEFAX (06331) 7190379 E-MAIL angelika.gloeckner@bundestag.de

WEB <http://www.angelika-gloeckner.info/>